

Malawi: Homophobe Christen wollen Ehe für alle verhindern

In Malawi sind in mehreren Städten Proteste gegen eine mögliche Legalisierung von gleichgeschlechtlichen Aktivitäten und der Ehe für alle ausgebrochen. Hintergrund ist ein Gerichtsverfahren. Aktuell drohen bis zu vierzehn Jahre Gefängnis für Sex zwischen Männern, und fünf Jahre für Sex zwischen Frauen.



Sie sehen unter anderem ihr Recht auf Privatsphäre und auf Würde verletzt, und daher haben Jan Willem Akstar und Jana Gonani eine Klage vor dem Verfassungsgericht in Malawi deponiert um damit das derzeit geltende Verbot für gleichgeschlechtliche Aktivitäten und für die Ehe für alle anzufechten. Gonani ist eine trans Frau aus Malawi und Akstar ein niederländischer Mitarbeiter einer Nichtregierungsorganisation.

Das Paar musste sich in separaten Gerichtsprozessen aufgrund der geltenden, noch aus der Kolonialzeit stammenden Gesetzen vor Gericht verantworten. So wurde Jana Gonani bereits 2021 zu einer Haftstrafe von acht Jahren verurteilt, und bei Jan Willem Akstar läuft der Prozess aktuell. Der 51-Jährige wurde zusätzlich wegen sexuellem Missbrauch angeklagt, der im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Mitarbeiter einer NGO stehen soll.

Schon alleine die Tatsache, dass sich das Verfassungsgericht mit einer möglichen Legalisierung von gleichgeschlechtlichen Aktivitäten und der Ehe für alle auseinandersetzt, führte im ganzen Land zu Protesten. Angeführt von Vertretern verschiedener Religionsgruppen und Kirchen fanden unter anderem Demonstrationen in der Hauptstadt Lilongwe, aber auch in Blantyre, Mzuzu und Zomba statt.

In Lilongwe zogen die Demonstrierenden, angeführt von Erzbischof Desmond Tambala, vor das Parlament. Ebenfalls mit dabei war Dinala Chabulika von der Muslim Association of Malawi. Ihrer Meinung nach stehe Homosexualität gegen alles, woran das Volk in Malawi glaube. Vor dem Parlament überreichten sie zudem eine Petition, um damit Staatspräsident Lazarus Chakwera aufzufordern, dem Druck zu widerstehen, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen. Moses Kunkuyu, der Regierungssprecher, erklärte gegenüber den Demonstrierenden, dass auch die Argumente der Religionsführer bei allfälligen Entscheidungen berücksichtigt würden.

Das Justizministerium von Malawi hat bereits 2012 ein Moratorium erlassen, wonach auf Verhaftungen und Anklagen bei einvernehmlichen, gleichgeschlechtlichen Handlungen verzichtet werden soll. Diese Entscheidung wurde aber 2016 vom Obersten Gerichtshof wieder aufgehoben und seither läuft eine Überprüfung durch die Gerichte. Durch noch aus der Kolonialzeit stammende Gesetze drohen in Malawi bis zu vierzehn Jahre Haft bei gleichgeschlechtlichen Aktivitäten unter Männern, und bis zu fünf Jahre bei Frauen – selbst wenn die Handlungen einvernehmlich und in den eigenen vier Wänden passieren.

Erst im Juni 2021 fand im Land die allererste Pride mit rund 50 Teilnehmenden statt. Die Forderungen auch da: Die Entkriminalisierung von Homosexualität und die Öffnung der Ehe für alle. Die beiden Anhörungen bezüglich der Verfassungsklagen von Jana Gonani und Jan Willem Akstar, welche genau darauf abzielen, beginnen in der kommenden Woche.